

Antrag Nr. 23-F-63-0067

Bündnis 90/Die Grünen, SPD, die Linke und Volt

Betreff:

Adoptionsrecht für alle - Vorfälle im Gesundheitsamt
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, die Linke und Volt vom 26.04.2023 -

Antragstext:

Resolution: Adoptionsrecht für alle

In den letzten Monaten kam es in Wiesbaden zu Verstößen gegen das Adoptionsrecht, welche nun presseöffentlich wurden. Die Presse berichtete von diskriminierendem Umgang durch die Amtsärzt*innen mit gleichgeschlechtlichen Paaren, welche ein Kind adoptieren wollten.

Diskriminierendes Handeln ist grundsätzlich nicht hinnehmbar, schon gar nicht durch Beschäftigte der Stadt Wiesbaden, die Teil der exekutiven Staatsgewalt sind. Die bekannt gewordenen Vorfälle müssen vollumfänglich aufgeklärt und ggf. disziplinarrechtlich verfolgt werden.

Der Magistrat muss sicherstellen, dass zukünftig ein solches Fehlverhalten städtischer Mitarbeiter*innen nicht mehr möglich ist.

Der Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit verurteilt die Geschehnisse und setzt sich für eine lückenlose Aufklärung der Vorfälle ein. Jegliche Form von diskriminierendem Verhalten wird in Wiesbaden nicht toleriert und darf sich nicht wiederholen!

Wiesbaden, 27.04.2023

Nele Siedenburg

Fachsprecherin, B90/Grüne

Julia Seidel

Fraktionsreferentin, B90/Grüne

Susanne Hoffmann-Fessner

Fachsprecherin, SPD

Juliane Maltner

Fraktionsreferentin, SPD

Mechthilde Coigné

Fachsprecherin, DIE LINKE.

Ingo von Seemen

Fraktionsgeschäftsführer, Fraktion DIE LINKE.

Janine Maria Vinha

Fachsprecherin, Volt

Simone Winkelmann

Fraktionsreferentin, Volt